

Einladung

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 21.09.2009, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 10.09.2009

1. An die Mitglieder des Schulausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.05.2009
- TOP 4 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für das allgemeinbildende Schulwesen des Landkreises Ammerland
Vorlage: 2009/162
- TOP 5 Einrichtung eines GE-Bereiches an der Förderschule am Voßbarg, Antrag der Schule
Vorlage: 2009/086
- TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: 2009/150
- TOP 7 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/162

freigegeben am 03.09.2009

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 03.09.2009

Fortschreibung Schulentwicklungsplan des Landkreises Ammerland für das allgemeinbildende Schulwesen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2009	Schulausschuss
N	29.09.2009	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Ammerland wird zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Rastede spricht sich gegen die Einrichtung einer KGS in der Gemeinde Wiefelstede aus, da dies die Qualität der KGS Rastede nachhaltig mindern wird.

Sach- und Rechtslage:**A) Rechtliche Rahmenbedingungen / Zügigkeiten**

Mit Schreiben vom 15.06.2009 gibt der Landkreis Ammerland der Gemeinde Rastede gemäß § 7 der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung (VO-SEP) Gelegenheit zu einer Stellungnahme bis zum 30.09.2009 zum Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes. Der Schulentwicklungsplan wird vom Landkreis als Träger der Schulentwicklungsplanung festgestellt und der oberen Schulbehörde zur Genehmigung vorgelegt. Anregungen und Bedenken der Beteiligten, denen nicht entsprochen worden ist, sind beizufügen.

Der Kreistag hatte zuvor in seiner Sitzung am 10.06.2009 mit 22 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen: „Der Entwurf des vorliegenden Schulentwicklungsplanes wird zur Freigabe im Beteiligungsverfahren beschlossen. Zugunsten einer weiteren Verbesserung der gymnasialen Beschulung wird die Einrichtung einer kooperativen Gesamtschule am Standort Wiefelstede ausgewiesen, das Regelschulangebot muss abgeschult werden. Es ist eine entsprechende Elternbefragung durchzuführen. Mit der Gemeinde Wiefelstede ist die Abschulung des vorhandenen Schulangebotes, die Frage der Schulträgerschaft für die kooperative Gesamtschule und die Antragstellung von der Pflicht, eine Hauptschule bzw. Realschule zu führen, zu regeln. Die sich aus der Planungsüberlegung ergebenden Investitions- und Folgekosten sind zu ermitteln, das Schülerbeförderungssystem für Schüler aus Rastede und Wiefelstede, die ein Regelschulangebot in Bad Zwischenahn besuchen wollen, ist zu überprüfen/zu optimieren. Die abschließenden Entscheidungen des Kreistages zum Schulentwicklungsplan und zur Umwandlung der HS/RS Wiefelstede in eine nach Schulzweigen gegliederte Kooperative Gesamtschule - Sek. I - erfolgen im Dezember 2009.“

Im Folgenden werden die Auswirkungen der Einrichtung einer KGS in Wiefelstede beleuchtet. Änderungen bei den Schulbezirken der Grundschulen werden zu einem späteren Zeitpunkt gesondert zur Beratung vorgelegt werden. In Absprache mit dem Landkreis können diese Daten nachgereicht werden.

Es bestehen bereits seit längerer Zeit Überlegungen der Gemeinde Wiefelstede, ein gymnasiales Angebot am Schulstandort Wiefelstede zu schaffen. Insbesondere nach der Abschaffung der Orientierungsstufe und damit verbunden einer erhöhten Übergangsquote zugunsten der Gymnasien wurden Klassenräume im Schulzentrum Wiefelstede frei. In der Vergangenheit scheiterten diese Bemühungen jedoch an den Vorgaben des Schulgesetzes. Durch die Aufhebung des Gründungsverbotes für Kooperative Gesamtschulen erscheint dieser Gedanke wieder umsetzbar und wurde erneut aufgegriffen.

Innerhalb des Entwurfes berücksichtigt der Landkreis die vom Kreistag in Aussicht genommene Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule am Standort Wiefelstede für den Sekundarbereich I (KGS Wiefelstede). Bei entsprechendem Ergebnis sind die Regelungen zu den Einzugsbereichen der Schulen in den Gemeinde Rastede und Wiefelstede auf den Seiten 48a, 48b und 57a maßgebend, gleichzeitig entfallen die Seiten 47, 48 und 57.

Eine nach Schulzweigen gegliederte KGS muss gem. § 3 VO-SEP über mindestens 4 Züge, davon mindestens 2 im Gymnasialbereich, verfügen. Sie darf höchstens über 9 Züge verfügen, wobei die Höchstzahlen im langfristigen Zielplan nicht überschritten werden sollen. Die zu erwartenden Zügigkeiten sind für die Gemeinde Rastede der Seite 53 und für die Gemeinde Wiefelstede der Seite 62 zu entnehmen.

Vor der Einrichtung einer KGS Wiefelstede ist eine Elternbefragung durchzuführen, um festzustellen, ob ein Bedürfnis an dieser Schulform vorliegt. Aufgrund der Vorgaben zur Mindestzügigkeit müssen sich hierbei mindestens 105 Kinder bzw. deren Erziehungsberechtigte pro Jahrgang für eine KGS aussprechen, damit diese genehmigungsfähig ist. Der Elternbefragungsbogen liegt der Vollständigkeit halber an.

Geborener Schulträger für die KGS Wiefelstede ist gem. § 102 NSchG der Landkreis. Die Schulbehörde überträgt der Gemeinde Wiefelstede auf ihren Antrag und nach Anhörung des Landkreises die Schulträgerschaft, soweit die Übertragung den Zielen der Schulentwicklungsplanung entspricht. Die Frage der Schulträgerschaft ist entscheidend für die Auswirkungen auf die tatsächliche Inanspruchnahme der KGS Wiefelstede.

Im Sekundarbereich I können gem. § 63 Abs. 2 NSchG für Schulen Schulbezirke festgelegt werden. Die in dem jeweiligen Schulbezirk wohnhaften Schülerinnen und Schüler haben diejenige Schule der von Ihnen gewählten Schulform zu besuchen. Schülerinnen und Schüler, die ihren Wohnsitz im Schulbezirk einer Gesamtschule haben, können eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium desselben oder eines anderen Schulträgers besuchen. Dieses Wahlrecht ist jedoch nicht schrankenlos. Die Schülerinnen und Schüler haben nur dann einen Aufnahmeanspruch gegen den benachbarten Schulträger (auch gegen dessen Willen), wenn der eigene Schulträger von der Verpflichtung zur Führung von Schulen des gegliederten Schulsystems durch Verordnung befreit ist.

Die Gemeinde Rastede ist entsprechend durch Verordnung befreit, eine eigene Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium zu unterhalten. Schülerinnen und Schüler aus Rastede haben daher gem. § 105 Abs. 1 Nr. 2 NSchG einen Anspruch auf Aufnahme in die entsprechenden Regelschulen der Stadt Oldenburg als benachbartem Schulträger.

Sollte die Gemeinde Wiefelstede Schulträger der KGS Wiefelstede und entsprechend auf Antrag auch durch Verordnung (§ 106 Abs. 7 NSchG) befreit werden, hätten auch die Schüler aus der Gemeinde Wiefelstede gem. § 105 Abs. 1 Nr. 2 NSchG einen Anspruch auf Aufnahme in Schulen der Stadt Oldenburg als benachbartem Schulträger. Die Annahmen des Schulentwicklungsplanes wären in diesem Fall zunächst rechnerisch zwar richtig, die Erfahrungen vor der Kündigung der Vereinbarung durch die Stadt Oldenburg zeigen jedoch, dass tatsächlich Abwanderungen der Schüler des gymnasialen Zweiges aus dem Bereich Metjendorf / Heidkamp / Ofenerfeld hin zu Schulen in Oldenburg die Folge waren. Diese Abwanderungen sind in der Schulentwicklungsplanung jedoch bisher nicht berücksichtigt worden und hätten ggf. Auswirkungen auf die Zügigkeit der KGS Wiefelstede.

Sollte der Landkreis Ammerland Schulträger der KGS Wiefelstede werden, könnte er nicht durch Verordnung befreit werden, ein Regelschulangebot für die Gemeinde Wiefelstede vorzuhalten. Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Wiefelstede könnten dann nur noch zwischen der KGS Wiefelstede oder dem Regelschulangebot (Hauptschule, Realschule oder Gymnasium) in Bad Zwischenahn wählen.

Sowohl im Falle der Schulträgerschaft der Gemeinde Wiefelstede als auch bei Schulträgerschaft des Landkreises Ammerland könnten Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Wiefelstede die KGS Rastede im Sekundarbereich I nicht mehr besuchen.

Im Sekundarbereich II sind keine Schulbezirke festzulegen. Gem. § 105 Abs. 2 NSchG sind auch auswärtige Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, soweit die Aufnahmekapazität der Schule nicht überschritten wird. Die Schülerinnen und Schüler der KGS Wiefelstede könnten also für den Sek. II-Besuch die KGS Rastede, das Gymnasium Bad Zwischenahn oder aber auch ein Gymnasium in Oldenburg wählen.

Bereits in der Vergangenheit wurde von der Verwaltung eine Stellungnahme verfasst, die dem Landkreis Ammerland die negativen Auswirkungen eines eigenen gymnasialen Angebotes am Standort Wiefelstede für die Gemeinden Rastede und Wiefelstede aufzeigen sollte. Das jetzige Vorgehen zeigt, dass diese Argumente erneut und in aller Deutlichkeit vorgetragen werden müssen.

Bei Einrichtung einer KGS in Wiefelstede für den Sekundarbereich I (Sek. I) würden die Schülerzahlen an der KGS Rastede entsprechend abnehmen, was in der Konsequenz freiwerdende räumliche Kapazitäten an den Standorten Feldbreite und Wilhelmstraße nach sich ziehen würde.

Der Schulentwicklungsplan des Landkreises Ammerland verdeutlicht, dass die KGS Rastede im Hauptschulzweig mittelfristig und auch langfristig zweizügig und der Realschulzweig dreizügig geführt werden wird.

Der Gymnasialzweig der KGS Rastede wird einschl. der Wiefelsteder Schülerinnen und Schüler langfristig fünfzügig geführt.

Insgesamt weist der Schulentwicklungsplan für die KGS Rastede somit 10 Züge aus. Die Höchstzahl von 9 Zügen soll im langfristigen Zielplan nicht überschritten werden.

Nach der Einrichtung einer KGS Wiefelstede würde das Schüleraufkommen gemeindeweise getrennt, und es ergäben sich jeweils drei Züge im Gymnasialzweig sowohl der KGS Rastede als auch der KGS Wiefelstede.

Die Zügigkeit des Gymnasialzweiges der KGS Rastede würde somit von 5 auf 3 Züge reduziert (S. 45). Dies hat entscheidenden Einfluss auf das Angebot innerhalb des Gymnasialzweiges der KGS Rastede (sh. unten).

Der dann im Schuljahrgang 2016/17 anstehende Wechsel des ersten Jahrganges der geplanten KGS Wiefelstede in die Sekundarstufe II (Sek. II) soll nach dem Entwurf des Schulentwicklungsplanes an die KGS Rastede erfolgen (S. 55). Da spätestens zu diesem Zeitpunkt auch die Oldenburger Schulen unter dem demografischen Wandel und damit zurückgehender Schülerzahlen leiden werden, ist es hinreichend wahrscheinlich, dass Abwanderungen der Schüler des gymnasialen Zweiges aus dem Bereich Metjendorf / Heidkamp / Ofenerfeld hinzu Schulen in Oldenburg seitens der Stadt Oldenburg gebilligt werden.

B) Kostenlasten

Die Gemeinde Wiefelstede beteiligt sich vertraglich an dem Kostenanteil für die KGS Rastede, der nicht durch den Landkreis Ammerland gedeckt wird, gemäß ihrem Schüleranteil. Bei einer Verringerung des Anteils ist durch die Gemeinde Rastede dieser Teil finanziell auszugleichen, da wegen des vorhandenen Gebäudebestandes von gleich bleibenden Kosten auszugehen ist. Es handelt hierbei um eine Kostenlast im Ergebnishaushalt von etwa 65.000 Euro und im Finanzhaushalt - je nach Investition - zwischen 40.000 und 60.000 Euro jährlich.

C) Pädagogische / organisatorische Auswirkungen

Der Entwurf des vorliegenden Schulentwicklungsplanes sieht vor, dass innerhalb der einzurichtenden KGS Wiefelstede der gymnasiale Zweig nur im Sekundarbereich I (Sek. I) vorgehalten werden soll. Die Sekundarstufe II (Sek. II) ist deshalb zwangsläufig an einem anderen Schulstandort von den Schülerinnen und Schülern zu absolvieren. Der Schulentwicklungsplan sieht hierfür die KGS Rastede vor.

Es steht zu erwarten, dass die Elternschaft für den Gymnasialbereich naturgemäß eine Schule wählen möchte, in der die Kinder ab dem 5. Schuljahr bis zur Abiturprüfung am selben Standort sowie von demselben Lehrerkollegium beschult werden.

Gerade aus dem bevölkerungsstarken Bereich Metjendorf / Heidkamp / Ofenerfeld wird sich der Elternwille deshalb mit Nachdruck in Richtung Oldenburg orientieren, was im starken Gegensatz zur beabsichtigten Stärkung des Standortes Wiefelstede steht.

Das sogenannte Schulleben wäre an beiden Standorten stark eingeschränkt. Das Schülerpotenzial zur Gewinnung für Projekte (z. B. Schüleraustausch etc.) wäre so gering, dass die Schulleitung der KGS davon ausgeht, dass das Angebot erheblich reduziert werden müsste. Hiervon wäre besonders der wahlfreie Bereich betroffen, da AG-Angebote eine Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern voraussetzen (ca. 14).

Das Angebot einer dritten Fremdsprache (Spanisch) ab Klasse 7, wie es zurzeit an der KGS angeboten wird, wäre stark gefährdet, da nicht mehr sichergestellt werden kann, dass ausreichend Schülerinnen und Schüler für ein differenziertes Angebot zur Verfügung stehen, um ein durchgängiges Angebot (nachfrageorientiert) sicherzustellen. Die Durchgängigkeit muss aber gewährleistet werden können, um z. B. Rückläufern (Wiederholern) ein entsprechendes Lehrangebot unterbreiten zu können. Die KGS hat im Gymnasialzweig ab Klasse 7 einen Wahlpflichtbereich nach Stundentafel 1 des Gymnasiums eingerichtet, der aufsteigend 3 bzw. 4 Wochenstunden umfasst. In diesem Wahlpflichtbereich wählen die Schülerinnen und Schüler gegenwärtig eines der vier folgenden Angebote für 3 Jahre aus:

- Musik-Kunst-Darstellendes Spiel
- Informatik / Wirtschaft
- Naturwissenschaften
- Spanisch

Damit soll den Schülerinnen und Schülern im Gymnasialbereich eine individuelle Profilbildung ermöglicht werden. Bei einer zwei oder kleinen Dreizügigkeit kann dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten werden.

Darüber hinaus wäre es der KGS zukünftig nicht möglich, Spanisch als 2. Pflichtfremdsprache neben Französisch und Latein ab Klasse 6 anbieten zu können.

Eine deutliche Einschränkung der Angebotspalette (bei Verringerung der Zügigkeit) dürfte somit unweigerlich zum Abwandern der Schülerinnen und Schüler nach Oldenburg, Jaderberg oder Bad Zwischenahn führen.

Hinzu kommt, wie bereits angesprochen, dass die Schülerinnen und Schüler in Wiefelstede nach der 10. Klasse gezwungen sind, einen Schulwechsel vorzunehmen. Das wiederum dürfte zu sozialen wie auch pädagogischen Problemen führen. Neben der Tatsache, dass so kurz vor dem angestrebten Abitur neue soziale Kontakte in einer fremden Umgebung zu knüpfen sind, wäre aber auch zu befürchten, dass Lehr- und Lerninhalte unterschiedlich ausgeprägt sind und somit der Übergang für die Schülerinnen und Schüler aus Wiefelstede in die Qualifikationsstufe der gymnasialen Oberstufe erheblich erschwert würde. Im Unterschied zum 13-jährigen Abitur wechseln Gymnasialschüler nach der 10. Klasse zukünftig direkt (ohne die bisherige Vorstufe) in die gymnasiale Oberstufe. Aus pädagogischen Gründen wäre es sinnvoll, den Wechsel von Sek. I auf Sek. II bereits ab dem 10. Schuljahr vorzunehmen, rechtlich ist der Wechsel aber erst ab dem 11. Schuljahr möglich. Um die Schülerinnen und Schüler des 10. Schuljahrganges in die Arbeit der KGS Rastede einzubinden, wäre daher ein regelmäßiger Austausch mit der KGS Wiefelstede erforderlich. Ob hierfür ggf. Lehrer oder Schülerinnen und Schüler die jeweils andere Schule regelmäßig aufsuchen müssen, bliebe noch zu klären.

Sollten Schülerinnen und Schüler der KGS Wiefelstede nach der 10. Klasse nur zu einem Teil die Oberstufe der KGS Rastede wählen, so hätte dies Konsequenzen für das Angebot in der gymnasialen Oberstufe. Gegenwärtig bietet die KGS Rastede den Schülerinnen und Schülern vier Profile auf der Grundlage der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO) an. Dies sind das naturwissenschaftliche Profil, das sprachliche Profil, das gesellschaftswissenschaftliche Profil und das musisch-künstlerische Profil. Zurückgehende Schülerzahlen aufgrund struktureller Veränderungen hätten zur Folge, dass unter diesen Bedingungen nur noch das naturwissenschaftliche und sprachliche Profil angeboten werden können, da die Verordnung dieses Angebot zwingend vorschreibt. Das hätte wiederum zur Konsequenz, dass auch Schülerinnen und Schüler der KGS nach Klasse 10, die bisher immer in die gymnasiale Oberstufe der KGS gewechselt sind, ein gesellschaftswissenschaftliches oder musikalisches Profil eines Oldenburger Gymnasiums wählen würden.

Die Schulleitung und die Verwaltung befürchten, dass bei einer Einrichtung einer KGS Wiefelstede die Angebotsqualität an beiden Standorten erheblich reduziert wird. Dies ist in der Stellungnahme an den Landkreis Ammerland zu vermitteln.

Der Rektor der Kooperativen Gesamtschule, Herr Kip, wird in der Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Mittelfristig ist bei der Einrichtung einer KGS Wiefelstede im Sek. I mit geringeren Einnahmen im Ergebnishaushalt von etwa 65.000 Euro und im Finanzhaushalt - je nach Investition - zwischen 40.000 und 60.000 Euro jährlich zu rechnen.

Anlagen:

1. Elterninformation zur Elternbefragung
2. Schulentwicklungsplan des Landkreises Ammerland

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/086**

freigegeben am 08.05.2009

GB 2

Sachbearbeiter/in: Bernd Gottwald

Datum: 08.05.2009**Einrichtung eines GE-Bereiches an der Förderschule am Voßbarg; Antrag der Schule****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.09.2009	Schulausschuss
N	29.09.2009	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Einrichtung eines zusätzlichen Schulzweiges „Geistige Entwicklung“ (GE) an der Schule am Voßbarg wird abgelehnt.

Sach- und Rechtslage:**A) Bisherige Entwicklung:**

In einer Förderschule werden Schülerinnen und Schüler unterrichtet, die in ihren Entwicklungs-, Lern- und Bildungsmöglichkeiten so eingeschränkt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen. Das Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wird durch die Obere Schulbehörde festgestellt. Vorrangig sollen die Kinder in ihrer Schule verbleiben und gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet werden (Integration). Die Beschulung an einer Förderschule erfolgt nur, soweit diese integrative Beschulung

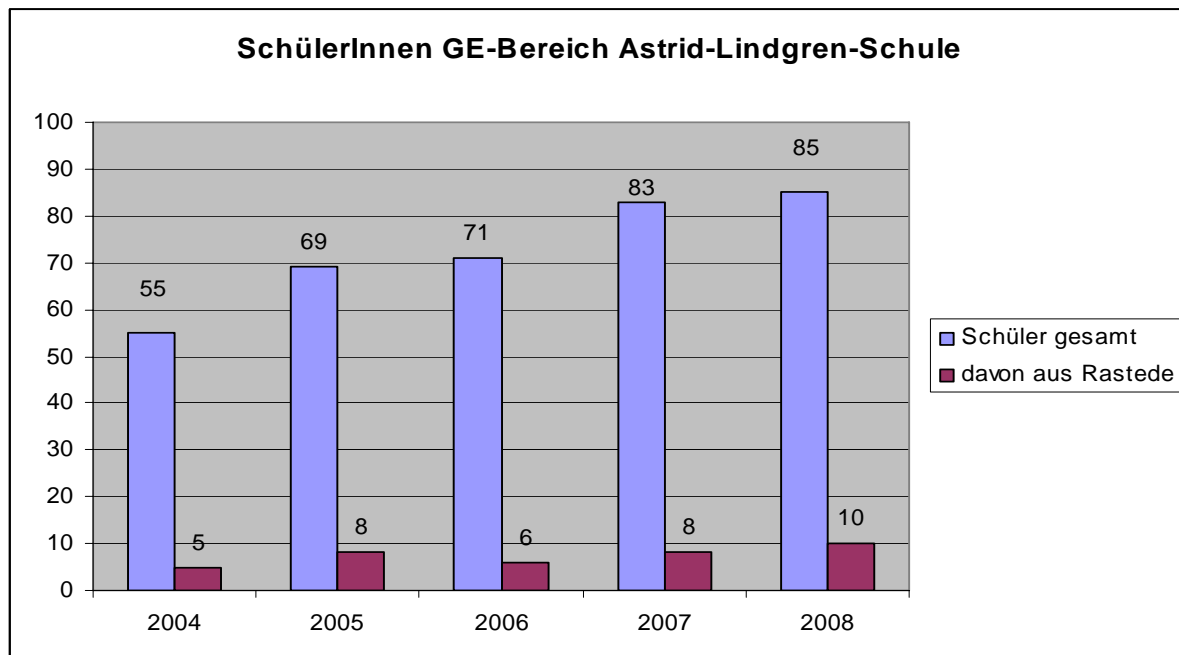
- dem individuellen Förderbedarf nicht in ausreichendem Maße entsprochen werden kann, oder
- die organisatorischen, personellen und sachlichen Gegebenheiten die integrative Beschulung nicht erlauben.

Im Landkreis Ammerland sind drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen (LE) in Edeweicht (Einzugsbereich Gemeinden Edeweicht und Bad Zwischenahn), Westerstede (Einzugsbereich Stadt Westerstede und Gemeinde Apen) und Rastede (Einzugsbereich Gemeinden Rastede und Wiefelstede) eingerichtet.

Eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung (GE) ist mit kreisweitem Einzugsbereich in Edeweicht eingerichtet (Astrid-Lindgren-Schule). Alternativ können Kinder und Jugendliche mit geistigen Beeinträchtigungen ihre Schulpflicht auch durch den Besuch der anerkannten Tagesbildungsstätte in Westerstede-Mansie erfüllen.

Die auf den GE-Bereich der Astrid-Lindgren-Schule entfallenden und vom Landkreis nicht gedeckten Kosten werden entsprechend der Anzahl der Schülerinnen und Schüler auf die jeweilige Herkunftsgemeinde nach dem Stichtag 1.9. jeden Jahres umgelegt.

Zum Stichtag 1.9.2008 wurden an der Astrid-Lindgren-Schule im GE-Bereich insgesamt 85 Schüler, davon 10 Rasteder Schüler (4x Klasse 1/2, 1x Klasse 6, 1x Klasse 8, 1x Klasse 9, 1x Klasse 10, 2x Klasse 11) im Primar- und Sekundarbereich beschult; aus Wiefelstede wurden 5 Schüler beschult.



B) Planung FÖS am Voßbarg:

Der Rektor der FÖS am Voßbarg ist mit einem Antrag auf Einrichtung eines zusätzlichen Schulzweiges „Geistige Entwicklung“ (GE) an die Gemeinde Rastede herangetreten (Anlage 1).

Die Schule am Voßbarg erwartet, dass die für ihre Konzeption erforderlichen 1 bis 2 Klassenräume in den nächsten Jahren aufgrund zurückgehender Schülerzahlen im bereits jetzt beschulten LE-Bereich zur Verfügung stehen werden. Diese Erwartung deckt sich mit den Ausführungen im Entwurf des Schulentwicklungsplanes: „Die Schülerzahlenentwicklung an den Förderschulen hängt nicht vorrangig von der demografischen Entwicklung ab. Im Wesentlichen ist entscheidend, in wie viel Fällen sonderpädagogischer Förderbedarf von der Landes Schulbehörde anerkannt wird. Auch ist entscheidend, in wie viel Fällen der Förderunterricht integrativ in der Heimatschule erteilt werden kann. Dabei ist davon auszugehen, dass gerade bei zurückgehenden Schülerzahlen Anträge auf Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs seltener gestellt werden. Auch ist zu erwarten, dass die integrativen Beschulungsmöglichkeiten mehr in Anspruch genommen werden. Dies hat zur Folge, dass insbesondere die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen mit deutlich weniger Schülerinnen und Schülern rechnen müssen.“

Im Gegensatz hierzu zeigt die oben stehende Grafik für den GE-Bereich kreisweit jedoch eine ansteigende Entwicklung auf.

Nach dem RdErl. d. MK v. 9.2.2004 zur Klassenbildung beträgt die Schülerhöchstzahl für den GE-Bereich 7 Schüler pro Jahrgang, bis 6 Schüler werden mehrere Jahrgänge zusammengefasst.

In den anfänglichen Überlegungen der FÖS am Voßbarg sollte der GE-Bereich ausschließlich für den Primarbereich (Klasse 1 – 4) ausgelegt sein. Nach dem nunmehr vorgelegten Konzept soll der GE-Bereich sowohl den Primarbereich als auch den Sekundarbereich umfassen. Ausgehend von derzeit an der Astrid-Lindgren-Schule beschulten 15 Schülerinnen und Schülern aus Rastede und Wiefelstede würde hierfür derzeit bereits ein Bedarf für 3 Klassenräume bestehen. Trotz dessen müssten jedoch mehrere Jahrgänge in einer Klasse zusammengefasst unterrichtet werden.

Hierzu ist verschärfend festzustellen, dass bei Einrichtung eines GE-Bereiches die FÖS am Voßbarg alle Schülerinnen und Schüler für den GE-Bereich aus den Bereichen Rastede und Wiefelstede aufzunehmen hat. Ein Auswahlmessen besteht nicht, weshalb das potenzielle Risiko besteht, dass ein noch größerer Raumbedarf auf den Schulträger zukommt, als dies derzeit schulseitig eingeschätzt wird.

Aufgrund der größeren Schülerzahl besteht an der Astrid-Lindgren-Schule die Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler jeweils Jahrgangsweise in Klassenverbänden zusammenzufassen. Diesem Umstand steht bei einer ortsnäheren Beschulung an der FÖS am Voßbarg eine Verkürzung des Anfahrtsweges gegenüber. Es bleibt aber zu berücksichtigen, dass die Schüler gleichwohl aus dem gesamten Gemeindegebiet von Rastede und Wiefelstede herangefahren werden müssen.

Konzeptionell verbunden mit den Überlegungen seitens der FÖS am Voßbarg ist nunmehr eher kurz- als mittelfristig die zusätzliche Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung für Förder- und Therapiezwecke vorgesehen.

Als Ergebnis einer hierzu durchgeführten Brandschau durch den Landkreis Ammerland wurde festgestellt, dass nach Einrichtung eines zweiten Rettungsweges und weiterer kleinerer Modifikationen eine Nutzung der ehemaligen Hausmeisterwohnung für schulische Zwecke möglich wäre. Neben geschätzten Kosten von 15.000 Euro für die Einrichtung des zweiten Rettungsweges wären noch zusätzliche Kosten für die Ausstattung der Lernwerkstatt sowie der Gruppen- und Therapieräume aufzuwenden.

Hinsichtlich der FÖS am Voßbarg hat die Gemeinde Wiefelstede ein vertragliches Mitspracherecht bei grundlegenden Entscheidungen über die Schule. Ob seitens der Landesschulbehörde die Einrichtung eines integrativen GE-Bereichs in Rastede befürwortet würde, wäre noch zu klären.

Der Rektor der FÖS am Voßbarg wird in der Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Kurzkonzeption Einrichtung GE-Bereich

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/150

freigegeben am 27.08.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 27.08.2009

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.09.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	15.09.2009	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	21.09.2009	Schulausschuss
Ö	22.09.2009	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	28.09.2009	Kultur- und Sportausschuss
Ö	29.09.2009	Feuerschutzausschuss
Ö	27.10.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Die Haushaltsplanung für das Jahr 2010 ist insbesondere gekennzeichnet von den Vorzeichen einer ungewissen konjunkturellen Entwicklung sowie wachsenden Anforderungen im Bereich der laufenden Verwaltung bei gleichzeitig auf das Notwendige reduzierten Investitionen. Im Einzelnen:

Ergebnis-/Finanzhaushalt ohne Investitionen

Die abschließenden Ergebnisse werden in Form eines Satzungsentwurfes erst zur zweiten Beratung des Finanzausschusses komplettiert, weil zum jetzigen Zeitpunkt wichtige Informationen von dritter Seite über Pensions-/und Beihilferückstellungen noch nicht vorliegen. Die Ergebnisse werden sich allerdings nicht so auswirken, dass Beratungen im Übrigen nicht aufgenommen werden könnten. Das Volumen des Ergebnishaushalts beträgt rund 28.800.000 EUR, das Volumen des Finanzhaushaltes einschließlich der voraussichtlichen Investitionen ca. 34.700.000 EUR.

Sowohl der Finanz- als auch der Ergebnishaushalt sind ausgeglichen und weisen jeweils einen Überschuss aus. Der Überschuss wirkt sich jedoch nicht gravierend auf die Liquiditätslage aus, etwa dergestalt, dass das Investitionsprogramm ohne Kreditaufnahme abgewickelt werden könnte.

Die formal ausgeglichenen Teilhaushalte zeigen aber strukturell ein Bild, welches mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden sollte.

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 ergeben sich zum Teil erhebliche Mehraufwendungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Personalaufwendungen mit rund 284.000 EUR, wobei sich der Mehrbetrag insbesondere aus Besoldungs- bzw. Tarifierhöhung (Bereich Kindergärten) zusammensetzt. Weitere Personalaufwendungen stehen unter Umständen an, wenn die derzeit geplanten Einrichtungen in Betrieb genommen werden. Die darüber hinaus für das Haushaltsjahr 2009 vorgesehene Pauschalkürzung, die aufgrund der Durchschnittsermittlungen der Vorjahre veranschlagt worden war, konnte für das Jahr 2010 nicht aufrechterhalten werden. Die Planungen im Bereich der Personalausgaben sind zwischenzeitlich so weit konkretisierbar geworden, dass Veränderungen eher die Ausnahme sind. Dieser auch für 2009 sich abzeichnenden Erkenntnis konnte jedoch mit der guten Einnahmeentwicklung im ersten Halbjahr des Jahres begegnet werden.

Die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude erhöht sich um rund 345.000 EUR. Diese Entwicklung resultiert insbesondere daraus, dass Aufwendungen, die in den vergangenen Jahren als investive Maßnahme betrachtet worden sind, nunmehr richtigerweise dem Aufwandsbereich zugerechnet werden. Unabhängig davon, dass nur diese Veranschlagung mit dem geltenden Haushaltsrecht in Einklang zu bringen ist, sorgt die Aufwandsbetrachtung gleichermaßen dafür, dass Folgebelastungen in späteren Haushaltsjahren durch Abschreibungen nicht anfallen. Daneben müssen in einer Reihe von Einrichtungen Maßnahmen des Bauunterhaltungsbereiches nachgeholt werden, die bereits in Vorjahren verschoben wurden.

Der Bereich der Kindertagesstätten ist mit einer Aufwandssteigerung von ca. 235.000 EUR ebenfalls maßgeblich an der Kostenentwicklung beteiligt. Neben den bereits angesprochenen tarifrechtlichen Veränderungen, die in dieser Erhöhung nicht enthalten sind, wirkt sich vor allem die Entwicklung neuer und zusätzlicher Angebote sowie die finanzielle Beteiligung an den Diakonischen Werken entsprechend aus.

Gleichzeitig ergeben sich erhebliche Einnahmeeinbrüche. Insbesondere schlägt hier die Veränderung des Anteiles an der Einkommenssteuer mit 750.000,- EUR zu Buche, die aus der negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung resultiert. Die Steuerverbundabrechnung des Landes als ausschlaggebende Größe weist bereits für das laufende Haushaltsjahr erhebliche Einbrüche auf, die nach der letzten Steuerschätzung für das Jahr 2010 noch umfangreicher ausfallen werden. Die übrigen Erträge wurden seitens der Verwaltung optimistisch eingeschätzt; in Anbetracht der aktuellen Darstellung in den Medien gilt dies vor allem für die Gewerbesteuer, die für das Haushaltsjahr 2010 mit rund 300.000 EUR höher als in diesem Jahr mit 5,9 Mill. EUR (aktueller Stand Haushaltsjahr 2009) veranschlagt wurde.

Der ausgeglichene Haushaltsentwurf ist deshalb vor allem das Ergebnis zum Teil erheblicher Ausgabereduzierungen, die sich zwar prinzipiell in allen Bereichen widerspiegeln, ihre größten Auswirkungen aber naturgemäß im Bereich Gebäude- / und Straßenunterhaltung haben.

Die Ausgabenreduzierung in der Planungsphase ist an sich nicht bemerkenswert; darüber hinaus ist aber jetzt nicht selten ein Ausgabestand erreicht, der – normale Kostenverläufe unterstellt – weitere Einsparungen unrealistisch erscheinen lässt.

Der zunächst insoweit zum Optimismus verleitende Überschuss des Ergebnishaushalts ist vor allem das Ergebnis einer positiven Liegenschaftsentwicklung, die erkennbar rückläufig ist und

in den kommenden Jahren deutlich weiter abnehmen wird. Die Aufgabenstellung wird deshalb mittelfristig darin zu sehen sein, Ertragsmöglichkeiten deutlicher als bisher auszu-schöpfen und Aufgabenkritik zu üben. Insbesondere sollten weitere Maßnahmen, die nicht gegenfinanziert sind, einer besonderen Prüfung auf ihre Notwendigkeit hin unterzogen werden.

Investitionsbereich

Die Gemeinde hat bereits für das Jahr 2009 ein weit über das normale Maß hinausgehendes Investitionsvolumen beschlossen, auch ohne dass es hierzu besonderer Konjunktur belebender Mittel von dritter Seite bedurfte.

Im Verlauf des Jahres 2009 wurde dann – belebt durch das Nds. Investitionsgesetz bei gleichzeitig günstigen Rahmenbedingungen - dieses „kommunale Konjunkturprogramm“ nochmals in Form von Kindertagesstätten und Freizeiteinrichtungen ausgeweitet.

Für 2010 muss deshalb gelten, sich auf die Fortsetzung dieser Maßnahmen sowie bauleitplanerisch bedingter Erschließungsarbeiten zu beschränken. Weitere umfangreiche Investitionen über den bislang beschlossenen Rahmen hinaus würden eine nachhaltige Verschlechterung der Finanzlage erzeugen, zumal mit rund 8,5 Mill. EUR weiterhin ein erhebliches Volumen vorhanden ist.

Der Haushaltsentwurf beschränkt sich folgerichtig auf den bislang gezogenen Finanzrahmen, der durch die aktuellen Beschlüsse vorgegeben ist. Im Gegensatz zu den Vorjahren sind im Investitionsprogramm – abgesehen von den Erschließungsmaßnahmen, die durch Grundstücksverkäufe grundsätzlich gegenfinanziert sind – vor allem investitionsintensive Projekte vorhanden, die nur eine sehr geringe bzw. gar keine Gegenfinanzierung ausweisen.

Trotz einer im kommunalen Vergleich gesehen hohen Selbstfinanzierungsquote sind deshalb Kreditaufnahmen in der Planungsphase des Haushaltes von derzeit rd. 4,5 Mio. EUR unumgänglich.

Wie in den vergangenen Jahren praktiziert, werden Kredite am Kreditmarkt allerdings nur dann aufgenommen, wenn alle anderen Wege ausgeschöpft sind, und sie werden zeitnah, gegebenenfalls über Sondertilgungsleistungen, wieder zurückgezahlt.

Im Übrigen wurde Wert darauf gelegt, den Investitionsbereich auf den unumgänglichen Umfang zu begrenzen, um nachhaltig negative Belastungen in Form von Abschreibungen für folgende Haushaltsjahre so gering wie möglich zu halten.

Finanzielle Auswirkungen:

Vgl. Sachverhalt.

Anlagen:

1. Haushaltsmittel Bereich Kostenrechnungen
2. Haushaltsmittel Bereich Produkte
3. Haushaltsmittel Unterhaltung Gebäude
4. Haushaltsmittel Unterhaltung Grundstücke
5. Investitionsprogramm
6. Übersicht über Teilhaushalte, Produkte und Leistungen